

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

POLITISCHE BRIEFE DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN/CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Begründet von D. Dr. Hermann EHLERS und Dr. Robert TILLMANN S

Herausgegeben von Dr. Gerhard SCHRODER, Bundesminister des Innern
und Oberkirchenrat Adolf CILLIEN, Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

In Verbindung mit Ernst BACH · Pfarrer Alfons KREUSSEL · Kultusminister Edo OSTERLOH
Bürgermeister Hermann SCHNEIDER, MdL · Oberkirchenrätin Dr. Elisabeth SCHWARZHaupt, MdB
Staatssekretär Dr. Walter STRAUSS

6. Jahrgang, Nummer 10

Postverlagsort Bonn

Bonn, im Oktober 1958

INHALT

DER TOD FÜR DAS VATERLAND von Martin Redeker	S. 1
DIE EVANGELISCHEN KIRCHEN IN OSTEUROPA	S. 2
ZUR GESETZGEBUNG ÜBER RUNDfunk UND FERNSEHEN von Gerhard Schröder	S. 5
DIE BIBEL IM SCHULfunk VON RADIO BREMEN	S. 6
AUS DEN ARBEITSKREISEN Landestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CSU am 7. / 8. November in Erlangen . .	S. 7
ZITATE AUS DER AKTUELLEN DISKUSSION	
Mutet sich die Kirche zuviel zu?	S. 8
Verlust der Mitte?	S. 9
Zu Gollwitzers Thesen	S. 11
Pankows neue Helfer	S. 11

DER TOD FÜR DAS VATERLAND

Gedanken zum Volkstrauertag

von Professor D. Dr. Martin Redeker, MdL

Das Gedenken an unsere gefallenen Soldaten ist in Deutschland leider von vielen Widersprüchen, Gedanken und Gefühlen getragen. Als unbestreitbares Faktum aber müssen wir anerkennen, daß in beiden Weltkriegen zahllose junge Männer unseres Volkes ihr Leben für das Vaterland hingegeben haben, weil sie zutiefst davon überzeugt waren, das höchste Gut, das sie besaßen, in einem gerechten, d. h. in einem sinnvollen und notwendigen Kampf für die Lebensrechte unseres Volkes einzusetzen. Seitdem es überhaupt in der Menschheit den politischen Zusammenschluß der Staaten gibt, und seitdem sich diese Staaten als sittliche Gemeinschaft verstehen, die von ihren Gliedern Opfer fordern dürfen, ist dieser Tod für das Vaterland stets als höchste sittliche Leistung ge-

wertet worden. Es ist ehrenvoll, für das Vaterland zu sterben — das wußte bereits die vorchristliche Antike.

Die christliche Staatsethik der Vergangenheit hat, ebenso wie die außerchristliche und vorchristliche Staatsethik, den Opfertod für das Vaterland als sittliche Leistung und die grundsätzliche Opferbereitschaft als christliche Tugend positiv gewertet und gefordert. Allerdings hat sie, von wenigen Entgleisungen abgesehen, niemals die für das Vaterland Gefallenen wegen dieser ihrer sittlichen Leistung heilig oder selig gesprochen. Zu allen Zeiten, vornehmlich im 19. Jahrhundert, finden sich in der christlichen Predigt Stimmen, die vor einer solchen vor-schnellen soteriologischen Deutung des Heldentodes

warnen. Auf der andern Seite hat die christliche Ethik in besonderer Weise zur Opferbereitschaft aufrufen können, weil für den Christen dieses irdische Leben nicht das höchste aller Güter ist, sondern weil ihm im Glauben das ewige Leben bei Gott als Ziel vor Augen steht. Diese christliche Ewigkeitsgewißheit und das tiefe Gefühl für die Erlösungsbedürftigkeit des Menschen hat gerade eine vorschnelle Verklärung des Heldentodes verhindert und dennoch der Opferbereitschaft des Soldaten letzte Tiefe und Sinngehalt gegeben.

Im 20. Jahrhundert ist diese christliche Ewigkeitsgewißheit immer stärker erschüttert worden. Für einen großen Teil unseres Volkes liegt die entscheidende Wende am Ende des ersten Weltkrieges oder zwischen den beiden Kriegen. Der Opfertod für das Vaterland wurde nicht mehr allein vom christlichen Menschenbild und dem christlichen Ewigkeitsglauben aus gedeutet, sondern von einem neuen Menschenbild des biologischen Heroismus, der zu einer militaristischen Heroisierung des Krieges überhaupt führte. Der Tod für das Vaterland ist dann nicht in erster Linie ein Opfer, das von dem christlichen Glauben aus verstanden werden muß, sondern der höchste Ausdruck des kämpferischen, aktivistischen soldatischen Draufgängertums, des heroischen starken Menschen, mit dem Willen zur Macht und zum gefährlichen und abenteuerlichen Leben.

Nach dem Zusammenbruch 1945 ist diese Stimmung in das Gegenteil umgeschlagen. Die gefallenen Soldaten erscheinen als die bemitleidenswerten Opfer eines sinnlosen und nutzlosen Geschehens, das besser vermieden worden wäre. Sie sind die beklagenswerten Opfer einer verantwortungslosen Staatsführung oder eines grausamen Schicksals. Ihr Tod kann nur die Mahnung sein, für alle Zeiten dieses sinnlose Geschehen zu verhindern. Diese Entwicklung hat auch die evangelische Kirche in mancherlei Nöte hineingebracht. Es gibt jüngere Pfarrer, die beim Gedenken an die gefallenen Soldaten der beiden Weltkriege nicht mehr ein Wort der Ehrfurcht vor der sittlichen Leistung dieser Männer finden, sondern nur noch ein Wort des Bedauerns und der Empörung über den militaristischen Unsinn und das krieglerische Verbrechen meinen sprechen zu müssen. Soll aber der christliche Glaube die nihilistische Skepsis und die diesseitiggläubige Opferscheu unterstützen? Wir müssen uns frei machen von den falschen Deutungen, die der Vergangenheit nicht gerecht werden.

Die sittliche Leistung unserer Gefallenen ist unbestritten, auch wenn ihr Opferwille von einer verantwortungs-

losen politischen Führung mißbraucht wurde, auch wenn wir heute gezwungen sind, über den Krieg und den Sinn des Krieges anders zu denken als die Vergangenheit. Die Liebe zum Vaterland in ihrer schlichten Sachlichkeit und als Pflicht des Staatsbürgers müssen wir unterscheiden können von nationalistischer und imperialistischer Verzerrung, wie sie in der Vergangenheit vorgekommen ist. Das geistige und sittliche Erbe der Vergangenheit müssen wir neu ehren lernen. Das sind wir unserem heutigen Staat schuldig. Der moderne deutsche freiheitliche Rechts- und Sozialstaat darf nicht entarten zu einer großen Versicherungsgesellschaft für Wohlstand, Lebensstandard, Krankheits- und Altersversorgung, sondern muß erfahren werden als eine verpflichtende sittliche Gemeinschaft. Nur so können wir wieder zu einem Verständnis unserer Nation und unseres Volkes gelangen, das uns befähigt, die Vereinigung unseres Volksganzen in Freiheit zu erringen.

Zur Ehrfurcht vor der Vergangenheit gehört auch, daß wir die religiöse Deutung des Einsatzes für das Vaterland, die unseren Vorfahren der christliche Glaube gab, nicht in einseitiger Verzerrung entstellen. Wenn unsere Vorfahren den Einsatz für das Vaterland und die Hingabe des Lebens als Gewissenspflicht erfuhren und als Gottes Gebot betrachteten, so war das nicht ein heidnischer, krieglerischer Enthusiasmus und unchristlicher Chauvinismus. Die alte preußische Losung: Gott mit uns! war nicht der Versuch, Gott den Lenker der Völkergeschichte für die eigene Sache zu reklamieren, sondern war ein Gebet, das das eigene nationale Anliegen vor Gottes Angesicht stellte, und war die Verpflichtung, den kämpferischen Einsatz im Kriege zu läutern durch den Gehorsam gegenüber Gottes Gebot. Deswegen versammelte der preußische König Wilhelm I. die Feldprediger seiner Armee nach einem glänzenden Siege um sich und empfahl ihnen: „Meine Herren, nun predigen Sie die Demut!“

Die Ehrfurcht vor den Gefallenen und vor der Vergangenheit des deutschen Soldatentums gebietet, daß wir uns ein objektives, klares und sachliches Bild von der Vergangenheit machen, das uns in rechter Weise verstehen lehrt, weshalb deutsche Männer in der Vergangenheit meinten, ihr Leben für das Vaterland hingeben zu müssen. Sie taten es aus derselben Verantwortung für Freiheit und Leben, aus der heute deutsche Männer den Beruf des Soldaten in ganz neuer Weise erwählen, um durch ihren Dienst das Unglück eines Krieges in Zukunft zu verhindern.

DIE EVANGELISCHEN KIRCHEN IN OSTEUROPA

Dieser uns von einem Mitarbeiter aus dem ökumenischen Bereich zugeleitete Bericht vermittelt so aufschlußreiche Einzelheiten, daß wir ihn unseren Lesern nicht vorenthalten möchten. Die Red.

Der Konformismus in Osteuropa hat dort eine Lücke, wo es noch ein lebendiges kirchliches Leben gibt. Jedenfalls weist das Erscheinungsbild des gegenwärtigen kirchlichen Lebens in Osteuropa eine erstaunliche Variationsbreite auf: Während die Vertreter der russisch-orthodoxen Kirche bei einer Zusammenkunft in Utrecht im August die ersten offiziellen Kontakte mit dem Weltrat der Kirchen suchten und während die sehr kleine polnische lutherische Kirche vom Staate wohlwollend gefördert wird, hat sich die Lage der lutherischen Kirche in Ungarn zusehends verschlechtert. Auf der einen Seite wird der Weltkirchenrat als Verhandlungspartner gesucht, nachdem jahrelang keinerlei Verbindung bestanden hat, auf der anderen Seite werden — wie in Ungarn — der Weltkirchenrat und der Lutherische Weltbund gerade wegen ihrer Be-

ziehungen zu den evangelischen Kirchen angegriffen. Während sich die evangelische Kirche in der Tschechoslowakei durch ihren Wortführer, Professor Hromádka, immer wieder bemerkbar macht, wird aus der rumänischen lutherischen Kirche so gut wie nichts bekannt, und die lutherischen Kirchen in Jugoslawien treten fast nicht in das Licht der Öffentlichkeit.

Daß dieses vielfältige Erscheinungsbild Ausdruck des verschiedenen Verhältnisses von Kirche und Staat in den jeweiligen Ländern ist, geht daraus hervor, daß einmal die Stellung der Kirchen von der politischen Linie des jeweiligen Landes abhängig ist und daß zum anderen die gleichen — oder ähnliche — Phasen im Verhältnis von Kirche und Staat im Laufe der Jahre in den einzelnen Ostblockländern feststellbar sind.

Unabhängig von der jeweiligen Phase kann jedoch ein Zug festgestellt werden, der allerdings konform durch alle diese Staaten hindurchgeht: der Kampf des Kommunismus gegen den „religiösen Aberglauben“, der immer

wieder an den verschiedensten Beispielen demonstriert wird. Dieser Kampf — uns u. a. aus den einschlägigen Publikationen der „DDR“ bekannt —, darf uns aber nicht den Blick dafür verstellen, daß in Wirklichkeit der kommunistische Staat durchaus bereit ist, mit der Kirche zusammenzuarbeiten und sie innerhalb ihrer engezeichneten Grenzen in Ruhe zu lassen, sofern — und das eben ist das Entscheidende — die Kirche durch Resolutionen und Appelle den staatlichen Maßnahmen und Ansichten vom Blickpunkt der Kirche aus zustimmt und nicht durch Wort oder Tat in Widerspruch zu dem Staat gerät und damit die Gefahr einer sichtbar werdenden dritten Kraft für den Staat heraufbeschwört.

Die Entwicklung der ungarischen lutherischen Kirche ist ein Beweis für die utilitaristische Einstellung des Staates gegenüber der Kirche, die direkt nichts mit dem ständigen ideologischen Kampf des Kommunismus gegen den „religiösen Aberglauben“ zu tun hat.

Drei Phasen in der Entwicklung der ungarischen lutherischen Kirche, die eng mit dem politischen Geschehen zusammenhängen, lassen sich unterscheiden:

- I. Errichtung der Volksdemokratie in Ungarn 1948—1956
- II. Neuer Kurs und Volksaufstand 1956—1957
- III. Überwindung der „konterrevolutionären Einflüsse“ ab 1957

I.

Die kirchliche Entwicklung, die nach Kriegsende im Jahre 1945 mit der Wahl von Lajos Ordass zum Bischof der größten lutherischen Diözese Ungarns begann und die sich darin ausdrückte, daß Bischof Ordass an der Gründungsversammlung des Lutherischen Weltbundes im Jahre 1947 in Schweden teilnehmen konnte und zum Vizepräsidenten dieser Organisation gewählt wurde, fand im Jahre 1948 mit der Errichtung der „Volksdemokratie“ ihr Ende. Den Streitpunkt zwischen Kirche und Staat bildete damals das Gesetz über die Beschlagnahme der den Kirchen angeschlossenen Schulen. Bischof Ordass wandte sich unmißverständlich gegen dieses Gesetz. Daraufhin wurde ihm die Ausreise zur Teilnahme an der Weltkirchenratskonferenz im Jahre 1948 in Amsterdam verweigert. Im August 1948 wurden er und andere kirchliche Amtsträger von der Polizei vernommen und unter Hausarrest gestellt. Noch im gleichen Monat wurde er unter der Anklage, er habe Devisenvergehen begangen, verhaftet und im Oktober zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Daß diese Anklage völlig aus der Luft gegriffen war, zeigte sich im Jahre 1956, als Bischof Ordass mangels eines Vergehens vom Staate rehabilitiert wurde.

Mit staatlichem Einfluß wurde schon im Dezember 1948 Dr. Lajos Vetö zum Bischof der nördlichen Diözese gewählt. Aber der Staat war damit noch nicht zufrieden. Er wünschte nun auch von der Kirche, sie sollte Bischof Ordass offiziell von seinem Bischofsamt absetzen, da — wie der Vizepräsident Rakosi feststellte — „Lajos Ordass in einer Volksdemokratie nicht Bischof sein kann“. Im April 1950 entthob dann eine Disziplinarkommission der ungarischen lutherischen Kirche Bischof Ordass seiner Funktion als Bischof, um Schlimmeres zu verhüten. In den Ruhestand versetzt lebte Ordass dann die folgenden Jahre im Kreise seiner Familie unter Hausarrest in Budapest.

Unter staatlichem Druck (die Wahl von Dezséry werde das kirchliche Leben „leichter gestalten“) wurde Laszlo Dezséry als Nachfolger von Ordass eingesetzt. Damit waren die höchsten Ämter mit zwei staatlich genehmigten Leuten besetzt. Die Bischöfe Turoczy und Szabo wurden auf dem Verwaltungswege aus ihren Ämtern entfernt, indem man die bisher bestehenden vier Diözesen in zwei verwandelte, die nun von Dezséry und Vetö geleitet wurden. Bis zum Jahre 1952 waren schließlich auch noch die Laieninspektoren der Kirche durch linien-

treue Leiter ersetzt, so daß nunmehr die gesamte Leitung der Kirche dem staatlichen Einfluß offenstand. Bei diesem Zustand blieb es vier Jahre.

II.

Als im August 1956 der Weltkirchenrat nach dem Umschwung durch den XX. Parteitag in Moskau zum erstenmal eine Sitzung seines Zentralkomitees in Osteuropa — in Ungarn — abhalten konnte, war es den führenden Mitgliedern des Lutherischen Weltbundes möglich, in Budapest mit Regierungsstellen zusammenzutreffen und in langwierigen, zum Teil hochdramatischen Verhandlungen die Rehabilitierung von Bischof Ordass in die Wege zu leiten. In der allgemeinen Rehabilitierungswelle jener Zeit war dem Staat ein solcher Schritt nicht unangenehm, da er dadurch dem Vorwurf aus dem Wege ging, Märtyrer zu schaffen. Der Staat sicherte daher die Rehabilitierung von Ordass zu und gab der Absicht Ausdruck, die Wiedereinsetzung von Ordass als amtierenden Bischof zu einem späteren Zeitpunkt in Erwägung zu ziehen. Bis dahin sollte Bischof Ordass nach seiner Rehabilitierung von sich aus freiwillig vom Bischofsamt zurücktreten und eventuell die Stelle eines Theologieprofessors übernehmen.

Die damalige Kirchenleitung war auch mit dieser Lösung nicht einverstanden. Dezséry und seine Mitarbeiter wirkten daher im stillen gegen die Rehabilitierung. Als aber der Staat versprach, Ordass innerhalb von sechs Wochen voll zu rehabilitieren, konnte die Kirchenleitung nicht zurückstehen. Am 5. Oktober 1956 — also noch vor Ausbruch des ungarischen Aufstandes — wurde Ordass wegen „Mangel eines Verbrechens freigesprochen und damit das Urteil des Sonderrates des Budapester Wuchergerichtes . . . außer Kraft gesetzt“. Drei Tage später, am 8. Oktober, folgte die Rehabilitierung von kirchlicher Seite. Unter dem Vorsitz des Generalinspektors Ernő Mihályfi — 1948 der schärfste Gegner von Ordass — und von Bischof Lajos Vetö erklärte das Plenum des Disziplinargerichtes der Kirche „das gefällte Urteil des Sondergerichtes der Evangelisch-Lutherischen Kirche von Ungarn in der Sache des evangelisch-lutherischen Bischofs D. Lajos Ordass infolge formeller und materieller Verletzung der Rechtssätze als gesetzwidrig und setzte es außer Kraft“. Noch am gleichen Tage dankte Bischof Ordass gemäß der Abmachung vom August 1956 offiziell und freiwillig von seinem Bischofsamt ab unter dem Vorbehalt, daß „diese provisorische Abdankung vom Dienst Gültigkeit verliert, sobald meine Rückkehr in den aktiven Dienst möglich wird“.

Am 10. Oktober wurde der Lutherische Weltbund offiziell durch ein Schreiben des Staatlichen Amtes für Kirchliche Angelegenheiten von der Rehabilitierung von Bischof Ordass in Kenntnis gesetzt. Am 14. Oktober predigte Bischof Ordass zum erstenmal wieder nach achtjähriger Unterbrechung in der Öffentlichkeit.

Unabhängig von dieser Rehabilitierung und immer noch vor dem Aufstand wurde Anfang Oktober von der Kirchenleitung eine einschneidende Reorganisation der ungarischen lutherischen Kirche bekanntgegeben, die „begaungene Fehler wieder gutmachen will“. Dabei gab Vetö zu, daß „in verschiedenen Bereichen unseres Kirchenlebens Dinge sich in einer Art und Weise entwickelt haben, die nicht zu den besten Ergebnissen führen konnte“. Der bisherige Kurs der Kirchenleitung Vetö-Dezséry wurde mit der gespannten politischen Lage entschuldigt.

So war die Lage vierzehn Tage vor Beginn des Aufstandes. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß Staat und Kirche eine allmähliche Liberalisierung des kirchlichen Lebens angestrebt haben, da eine solche Entwicklung durch den „neuen Kurs“ angezeigt erschien. Wohl keiner hat vorausgesehen, daß die Entwicklung

einen so schnellen Fortgang nehmen würde. Als am 23. Oktober der Aufstand ausbrach, geschah denn auch in der Kirche zunächst gar nichts. Erst am 30. Oktober reichte Bischof Dezséry seinen Rücktritt ein. Im Juni dieses Jahres äußerte sich Bischof Dezséry zu diesem Schritt und sagte: „Die Gewalt, der Druck waren offenbar, aber ich gebe zu, daß ich damals doch daran dachte, einen Weg zu suchen, der für Ordass die Ausübung des Bischofamtens wirklich ermöglichte und zugleich auch meinen kirchlichen Dienst in irgendeiner Form sicherstellte.“ Zwei Tage später, am 2. November, reichte auch Bischof Vetö seinen Rücktritt ein. Daß dieser Rücktritt freiwillig und nicht durch Zwang zustande gekommen ist, wie die ungarische Regierung später behauptete, geht aus dem Wortlaut des Rücktrittsschreiben von Vetö hervor, das erst jetzt bekanntgeworden ist. In diesem Schreiben heißt es u. a.: „Unser ungarisches Volk und besonders unsere heldenhafte Jugend haben in einem die ganze Welt in Staunen versetzenden Kampf die Fesseln von sich geworfen und ordnen jetzt unabhängig und frei die Sache des Vaterlandes. Auch von unserer Kirche sind die Sklavenfesseln abgefallen, mit denen man sie im vergangenen Jahrzehnt zielbewußt mit Hilfe der Kirchenleitung langsam eingehen lassen wollte . . . Gleichzeitig, so fühle ich, hat es keinen Sinn mehr, daß ich auch weiterhin an der Leitung unserer Kirche teilnehme . . . Also entsage ich hiermit meinem im nördlichen Distrikt innegehabten Amte als Bischof . . .“

Am 31. Oktober 1956 übernahm Bischof Ordass als Nachfolger des nicht mehr amtierenden Dezséry wieder die Leitung der südlichen Diözese, und am 1. November, nach dem Rücktritt von Vetö, die Leitung der Gesamtkirche. Am 3. November wurde der vakante Posten der nördlichen Diözese mit dem seinerzeit verdrängten Bischof Turoczy, dem bedeutendsten Leiter der ungarischen Erweckungsbewegung, besetzt. Bei seiner späteren Amtseinführung nahmen sogar Vertreter des Staatlichen Amtes für Kirchliche Angelegenheiten teil. Sämtliche Laieninspektoren der alten Kirchenleitung traten zurück.

Für ein ganzes Jahr, bis zum November 1957, behielt die Kirche ohne staatlichen Widerspruch diesen Status. Im Gegenteil, man hatte den Eindruck, daß die staatlichen Stellen sogar in gewisser Weise darauf aus waren, durch die Kirche wieder an Ansehen zu gewinnen. Zweimal, im Januar und im November 1957, erhielten der Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes, Dr. Carl E. Lund-Quist, und seine Begleiter das Einreisevisum nach Ungarn, um mit dem Primas der Kirche, Ordass, und den staatlichen Stellen Verhandlungen zu führen und sich über die Entwicklung des kirchlichen Lebens zu unterrichten. Im Mai 1957 konnte eine zehnköpfige Delegation der ungarischen lutherischen Kirche unter der Leitung von Bischof Ordass an einer Theologentagung des Lutherischen Weltbundes in Österreich teilnehmen. Im August 1957 erhielt eine sechsköpfige Delegation, ebenfalls unter der Leitung von Bischof Ordass, die Ausreisegenehmigung zur Teilnahme an der Dritten Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes in den USA. Bischof Ordass hielt dort die Eröffnungspredigt und wurde zum Ersten Vizepräsidenten des Weltbundes gewählt — ein Schritt, der in vorführenden Gesprächen vom Leiter des ungarischen Staatlichen Amtes für Kirchliche Angelegenheiten, Horvath, gutgeheißen worden war.

Wie Bischof Ordass in zahlreichen Interviews betonte, hatte sich das Verhältnis von Kirche und Staat gebessert. Die Kirche konnte wieder unbehindert Veranstaltungen und Konferenzen abhalten, den Religionsunterricht in den öffentlichen Schulen wieder aufnehmen und kirchliche Literatur drucken. Im allgemeinen konnte sich das kirchliche Leben in dem ihm zustehenden Rahmen frei entwickeln. Freilich begann der Staat schon bald, seinen Einfluß erneut geltend zu machen. Bereits im Mai 1957 wurden die lutherischen und reformierten Bischöfe ver-

anlaßt, im ungarischen Landfriedensrat „in einer ihrer Sendung entsprechenden Weise an den Bemühungen zur Wahrung des Friedens“ mitzuarbeiten. Aber dagegen hatte die Kirche nichts einzuwenden, solange die Freiheit der Kirche und ihre Autonomie nicht angetastet wurden. Charakteristischweise verschlechterten sich die Beziehungen zwischen Staat und lutherischer Kirche sofort wesentlich, als der Staat begann, Einfluß auf die personelle Besetzung innerhalb der Kirche zu nehmen. Diese Verhandlungen, die im November 1957 begannen, bildeten den Abschluß der zweiten Phase.

III.

Die Ausgangsposition der ungarischen lutherischen Kirche war aus verschiedenen Gründen ungleich günstiger als die der reformierten Kirche. Dort waren bereits kurz nach dem Volksaufstand die Personalwechsel rückgängig gemacht worden. Was die Gründe im einzelnen für diese ungleiche Behandlung sind, weiß man nicht. Sicher ist jedenfalls, daß die Person Bischof Ordass' und sein Schicksal, das ihn jahrelang in den Blickpunkt der Weltöffentlichkeit gestellt hatte, eine rigorose Behandlungsmethode von sich aus verbot. Offensichtlich hat der ungarische Staat zunächst auch nicht daran gedacht, Bischof Ordass wieder aus seinem Amte zu entfernen, zumal ja die ungarische Regierung Bischof Ordass auch de facto ein Jahr lang als Primas der ungarischen lutherischen Kirche anerkannt hat. Im November 1957 jedoch schien dem Staat die Zeit gekommen, wieder einen stärkeren Einfluß auf das Leben der ungarischen lutherischen Kirche zu nehmen, die inzwischen auch neue Laieninspektoren gewählt hatte. In geheimen Verhandlungen zwischen dem Leiter des Staatlichen Amtes für Kirchliche Angelegenheiten und Bischof Ordass wurden Personalfragen behandelt, die darauf abzielten, Männer der früheren Kirchenleitung wieder ins Amt zu bringen. Bischof Ordass versuchte, dies abzuwenden, konnte eine solche Entwicklung aber nicht aufhalten, da der Staat jetzt darauf verfiel, den legalen Status von Bischof Ordass anzuzweifeln, um ihn auf diese Weise zu verdrängen. Formaljuristisch gesehen hatte der Staat zu diesem Schritt ein Recht, da nach bestehendem Kirchengesetz jeder in die Kirchenleitung gewählte Mann der nachträglichen Zustimmung von staatlicher Seite bedarf. Eine derartige „offizielle Anerkennung“ von Bischof Ordass war aber vom Staate seit den Ereignissen im Oktober 1956 niemals ausgesprochen worden. Der Staat konnte somit jederzeit behaupten, Bischof Ordass amtiere völlig ohne rechtliche Basis und müsse entweder um seine amtliche Bestätigung einkommen oder zurücktreten, um einem „legalen“ Manne Platz zu machen. Natürlich hätte der Staat ja nun nachträglich die Anerkennung aussprechen können. Das wäre der korrekte und menschlich anständige Weg gewesen. Statt dessen brach der Staat die laufenden Verhandlungen mit Ordass unter Hinweis auf seine „unnachgiebige und hartnäckige Haltung“ ab, um in eigener Regie das, was er die „Wachablösung“ während des Oktoberaufstandes nannte, wieder rückgängig zu machen.

In der Diözese von Bischof Ordass wurde ein staatlicher Kommissar zur Regelung der Personalfragen eingesetzt. Außerdem wurde ein finanzieller Druck auf diese Diözese ausgeübt, indem gewisse Staatszuschüsse nicht ausgezahlt wurden. Es wurde bekanntgegeben, daß Bischof Vetö seinerzeit vom Rücktritt gezwungen worden sei und daher vom Staat noch immer als der legale Bischof betrachtet werde. Gleichzeitig wurde Bischof Turoczy mit Erreichung der Altersgrenze vom Staat kaltgestellt und Bischof Vetö wieder eingesetzt.

Mit dem Hinweis auf seinen „illegalen Status“ wurde Bischof Ordass am 26. Juni dieses Jahres seines Amtes enthoben, nachdem die Wiedereinsetzung von Vetö ihn bereits um die Stellung des Leitenden Bischofs gebracht hatte. Der Staat hatte also die Anerkennung für Ordass verweigert. An seiner Stelle wurde der frühere Bischof

Dezséry wieder eingesetzt, der aber auch sofort wieder von seinem Posten zurücktrat. Bis zur Einsetzung eines neuen Bischofs amtiert seitdem der Senior von Budapest, Emil Koren. Als Bischofsnachfolger wurde dann am 1. September der 39jährige Propst Zoltan Kaldy vom Rat der Bischofsdiözese als einziger Kandidat nominiert und Anfang Oktober vom Presbyterium des Kirchen-distriktes gewählt. Mit seiner staatlichen Anerkennung kann gerechnet werden, wenn er im November in sein Amt eingeführt wird. Bischof Ordass bezieht nach seiner Absetzung eine Pension.

Das wäre in großen Zügen die Entwicklung in der ungarischen lutherischen Kirche, die in mehr als einer Hinsicht den staatlichen Einfluß deutlich macht. In diesem Zusammenhang soll auf zwei Tatsachen hingewiesen werden:

1. Die ungarische Regierung hat sich der lutherischen Kirche gegenüber lange Zeit als sehr loyal erwiesen. Vertreter des Lutherischen Weltbundes, die mehrfach Gelegenheit zu Gesprächen mit dem Leiter des Staatlichen Amtes für Kirchliche Angelegenheiten, Horvath, hatten, konnten bis November 1957 eine positive Einstellung des Staatlichen Amtes feststellen. Erst dann setzten schlagartig Pressekampagnen gegen die lutherische Kirche und ihre Leitung sowie gegen die ökumenischen Organisationen in Genf ein, denen Einnischung in innere Angelegenheiten vorgeworfen wird. Ob tatsächlich Personalfragen den Ausschlag gegeben haben oder ob sie nur der Vorwand für eine grundsätzlich neue Einstellung des Staates gegenüber der Kirche waren, kann nicht eindeutig beantwortet werden. Fest steht in jedem Falle, daß Personalfragen eine entscheidende Rolle gespielt haben.
2. Um der Wahrheit willen muß ausgesprochen werden, daß beide Seiten seit 1956 Fehler gemacht haben. So hat Bischof Ordass z. B. gewisse formaljuristische Fragen in einigen Fällen nicht genügend beachtet, so daß der Staat einen Angriffspunkt hatte. Auch dürfen die Männer, die Bischof Ordass gegenüberstanden, nicht in Bausch und Bogen verurteilt werden. Auch sie wollten vielleicht das Beste für ihre Kirche, wenn auch auf eine Weise, die wir nicht verstehen und nicht billigen können. Aber all das erleichtert nicht das Verständnis dafür, warum Bischof Ordass dermaßen angegriffen und aus seinem Amte verdrängt werden mußte.

Demgegenüber ist die politische Lage der kleinen lutherischen Kirche Polens — etwas über 100 000 Glieder — im Augenblick sehr gut. Wie der polnische Bischof Kotula vor einiger Zeit dazu ausführte, habe es die Kirche zwar nicht leicht, das liege jedoch nicht an der politischen Situation, sondern daran, daß die polnische lutherische Kirche immer mehr ihrer Glieder durch Auswanderung in das Gebiet der „DDR“ und nach Westdeutschland verliere und dadurch auch in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sei. Nachdem es viele Jahre nicht möglich war, den evangelischen Kirchen in Polen auf dem Wege über den Weltkirchenrat und den Lutherischen Weltbund zu helfen, können jetzt aber wieder finanzielle Mittel und Hilfsgüter für die Kirchen eingeführt werden. So konnte die polnische lutherische Kirche beispielsweise ein beachtliches Bau- und Wiederaufbauprogramm in Angriff nehmen: Im Juni dieses Jahres wurde die Warschauer Trinitatiskirche im Beisein zahlreicher Vertreter des Auslands wieder ihrer Bestimmung übergeben. Die alte Christophoruskirche in Breslau wurde im September wieder eingeweiht, und weitere Kirchen in Masuren stehen vor ihrer Wiederherstellung.

Mit ausdrücklicher staatlicher Genehmigung fand Mitte September zum erstenmal eine Konferenz des Lutherischen Weltbundes in Osteuropa statt, und zwar in Polen. An ihr nahmen über 60 Vertreter aus allen europäischen Minderheitskirchen in Ost und West (mit Ausnahme der Kirchen in Ungarn und Rumänien) teil, um gemeinsame Fragen zu besprechen. Diese Entwicklung ist um so bemerkenswerter, als sie einer zunehmenden Spannung zwischen Staat und Katholizismus gegenübersteht.

Wenn auch die evangelischen Kirchen der Tschechoslowakei im Augenblick nicht so im Blickfeld der Öffentlichkeit stehen wie die Ungarns und Polens, so kann man sie doch kurz in der Art charakterisieren, daß ihre Kirchenführer sich an die Linie von Professor Hromadka halten, wie er sie erst neuerdings wieder auf der „Christlichen Friedenskonferenz“ des Ökumenischen Rates der Tschechoslowakei im Juni in Prag vertreten hat.

ZUR GESETZGEBUNG

ÜBER RUNDFUNK UND FERNSEHEN

erklärte Bundesminister des Innern Dr. Gerhard Schröder in einer Ansprache auf der Jahrestagung des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger am 24. September in Aachen:

„Niemand von uns denkt daran, einen Staatsrundfunk zu errichten, ungeachtet der Tatsache, daß es einen solchen in manchem demokratisch unverdächtigen Land gibt. Anstalten, die möglicherweise auf Bundesebene errichtet werden, werden genau so viel oder genau so wenig Staatsrundfunk darstellen wie die Anstalten, die auf Landesebene oder für den Bereich verschiedener Länder gegründet worden sind. Ich habe gesagt: genau so viel oder genau so wenig. Wenn es dabei nach mir geht, möchte ich sagen: eher weniger. Uns schwebt auch nicht die Errichtung von Anstalten vor, die mit der unsäglichen Peinlichkeit des Parteienproporz belastet sind. Es ist eine Illusion zu glauben, daß Unabhängigkeit und freie Meinung durch die Aufschlüsselung nach Parteienquoten gesichert werden könne. Die Unabhängigkeit ist eine Frage der Haltung und Gesinnung, nicht der parteipolitischen Aufschlüsselung und Verteilung von Positionen. Es werden sich sicherlich Verwaltungs- und Aufsichtsgremien bilden lassen, die allen Ansprüchen einer fairen Berücksichtigung der Kräfte unseres gesellschaftlichen Lebens genügen, ohne daß wir dem Rundfunk und Fernsehen das Schicksal der Abhängigkeit von wechselnden Koalitionen bereiten müßten. Die Bundesregierung ist nur geleitet von dem Bestreben, bisher nach unserer Überzeugung unzulänglich gelöste internationale und gesamtdeutsche Aufgaben besser wahrnehmen zu lassen, von den Fragen Gebührenregelung, notwendiger Ausgleich unter den Anstalten usw. ganz zu schweigen. Ein Monopol auf dem Rundfunk- und Fernsehgebiet soll es nach unserer Meinung nicht geben. Wir stehen im übrigen vor technischen Entwicklungen, die sich nicht in dem bisherigen Rahmen lösen lassen. Jede Reform auf diesem Gebiet hat aber nicht das Ziel, das, was seit Kriegsende und der vorläufigen Regelung durch die Besatzungsmächte gewachsen ist, mit Stumpf und Stiel radikal auszurotten, sondern behutsam weiter zu entwickeln mit allem Respekt vor den bedeutenden Leistungen, die auf diesem Gebiet auch in den vergangenen Jahren unter mancherlei Schwierigkeiten zu verzeichnen sind — unbeschadet notwendiger Kritik —. Es geht nicht um eine Beseitigung des bisherigen Zustandes, sondern es geht um gewisse notwendige Verbesserungen und weitere Entwicklung.“

Bei der Charakterisierung der evangelischen Kirche in Jugoslawien muß vor allem auf ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten hingewiesen werden. Durch die weite Streuung außerordentlich kleiner Diasporagemeinden haben es die Pfarrer schwer, alle Gemeinden zu versorgen. Die finanziellen Mittel, um die Pfarrer mit Motorrädern oder Kraftwagen auszustatten, können von der Kirche nicht allein aufgebracht werden. Die Besoldung der Pfarrer ist sehr gering. Es ist daher besonders zu begrüßen, daß die jugoslawische Regierung den Hilfssendungen der ökumenischen Organisationen, die seit einiger Zeit wieder eingeführt werden können, wohlwollend gegenübersteht. Wie berichtet wird, haben sich die Beziehungen zwischen Staat und Kirche in letzter Zeit gebessert. U. a. sind der serbischen orthodoxen Kirche wie auch der lutherischen Kirche gewisse finanzielle Erleichterungen gewährt worden. So wurde in einem Abkommen festgelegt, daß die Priester, Mönche und kirchlichen Angestellten wieder Pensionsgelder, die Hinterbliebenen Renten und freie ärztliche Behandlung in Anspruch nehmen können. Im übrigen ist die Lage der evangelischen Kirche in Jugoslawien mit der Lage all der Kirchen vergleichbar, die unter einer atheistischen Regierung zu leben haben.

Zu den evangelischen Kirchen und Gruppen in der Sowjetunion selbst bestehen keinerlei offizielle Kontakte. In der Berichterstattung ist man daher auf die wenigen Reisen kirchlicher Delegationen angewiesen, die aber übereinstimmend von einem regen kirchlichen Leben zu berichten wissen. Die Versuche, mit der schätzungsweise einen Million lutherischer Christen im Ural persönlichen Kontakt zu bekommen, sind bisher ohne Erfolg geblieben. Es besteht aber briefliche Verbindung, und Bibeln können geschickt werden. Die Kirchen in Estland, Litauen und Lettland haben erst in letzter Zeit Verbindung mit dem Westen aufgenommen. In weit stärkerem Maße als in den anderen osteuropäischen Ländern waren diese Kirchen bisher von der Außenwelt abgeschnitten und sind es auch heute noch.

Die Lage der Kirchen in den osteuropäischen Ländern ist — im ganzen gesehen — nicht gerade einfach. Nicht alle Kirchen haben genügend finanzielle Mittel, um ihre Aufgaben in dem erforderlichen Umfang wahrnehmen zu können, und nicht alle Kirchen haben die Möglichkeit, ihre Theologiestudenten in dem gewünschten Maße auf ihr Amt vorzubereiten. Die Pfarrerschaft verdient in allen diesen Ländern außerordentlich wenig, ohne dabei die soziale Sicherheit zu haben, die wir im Westen gewohnt sind.

Über diesen Schwierigkeiten darf man aber nicht vergessen, daß das kirchliche Leben selbst erstaunlich reg ist. Die politische Kategorie, unter der wir das Verhältnis der Kirche zum Staat in unserer Perspektive zu sehen gewohnt sind und unter der wir es zum besseren Verständnis der Lage auch sehen müssen, darf nicht zum alleingültigen Gesichtspunkt werden, denn die Lebendigkeit des kirchlichen Lebens läßt sich mit überhaupt keiner Kategorie messen, und sie darf vor allem nicht in einem Gegenüber zu politischen und anderen Geschehnissen gesehen werden. Und noch etwas: Es wäre falsch, das Leben der Kirche in Osteuropa nach den Kategorien zu beurteilen, die wir im Westen kennen und nach denen wir leben. Es mag viele Fälle geben, in denen wir unsere ernststen Bedenken anzumelden haben, es mag auch viele Fälle geben, in denen wir einfach nicht einverstanden sein können. Auf der anderen Seite müssen wir aber zugeben, daß die Wege der Verkündigung des Evangeliums verschieden sein können und es auch sind. Nicht die Form des kirchlichen Lebens ist also letztlich das Entscheidende, sondern die Frage, ob die Kirchen das Evangelium rein und unverfälscht im Raum der Kirche predigen können. Vor allem muß man sich gegen generalisierende Tendenzen wenden, auch wenn sich gewisse einheitliche Züge abheben, denn der Konformismus der osteuropäischen Länder hat dort eine Lücke, wo es noch ein lebendiges kirchliches Leben gibt.

DIE BIBEL IM SCHULFUNK VON RADIO BREMEN

Ein Programmbeitrag zur Erziehung unter christlicher Verantwortung

Nach dem Artikel 32 der Bremischen Landesverfassung, der durch das Grundgesetz ausdrücklich sanktioniert wurde, sind „die allgemeinbildenden öffentlichen Schulen in der Hansestadt Gemeinschaftsschulen mit bekenntnismäßig nicht gebundenem Unterricht in biblischer Geschichte auf allgemeinchristlicher Grundlage“. Es ist jedem einzelnen bremischen Lehrer freigestellt, ob er diesen Unterricht erteilen will oder nicht. Die eigentliche religiöse Unterweisung ist Sache der Religionsgemeinschaften.

Wer diese Verhältnisse kennt, kommt leicht auf den Gedanken, daß die Schulfunkabteilung von Radio Bremen, die schon im Jahre 1950 damit begonnen hat, regelmäßig Beiträge zur biblischen Geschichte zu senden, unter Berufung auf die Landesverfassung eine „rundfunkeigene“ Interpretation der Heiligen Schrift versuchen könnte. Das ist jedoch keineswegs der Fall. In der Arbeitsgruppe, die für die Sendungen verantwortlich zeichnet, sind beide Konfessionen vertreten. Was diese Arbeitsgruppe des Bremer Schulfunks in wahrhaft mühevoller Vorarbeit von der Sache, vom Kinde, vom theologischen und vom künstlerischen Standpunkt aus für die Weiterarbeit untersucht und unternommen hat, ist beachtenswert. Es ist nicht mehr, aber auch nicht weniger als ein höchst praktischer Beitrag zur Erziehung unserer Jugend unter christlicher Verantwortung.

Selbstverständlich ist der Rundfunk nicht in der Lage, die erste Begegnung des Kindes mit dem Christentum herbeizuführen. Auch die beste Schulfunksendung kann

die christliche Unterweisung in Familie und Schule nicht ersetzen. Die erste Einführung in die Welt des christlichen Glaubens fordert die lebendige Erzieherpersönlichkeit. Es ist oft genug betont worden, daß der Schulfunk weder Unterricht erteilen noch an die Stelle des Lehrers treten will. Das gilt auch für die biblischen Sendungen, die Unterricht und Unterweisung ergänzen, verlebendigen und vertiefen sollen.

Soweit der Bremer Schulfunk in früheren Sendungen das Neue Testament behandelte, trat die zentrale Gestalt, Jesus Christus, nie direkt in Erscheinung. In den Halbstunden-Hörspielen wurde lediglich versucht, seine Wirkung auf die Umwelt wiederzugeben. Mit Hilfe dieses Kunstgriffes der „Spiegelung“ ließen sich eine ganze Reihe von Themen aus dem Neuen Testament in Hörspielform bringen. Doch andere und sehr wesentliche Stoffe entzogen sich bei strikter Anwendung des Spiegelungsprinzips dem Zugriff des Schulfunk-Autors. Wenn der Bremer Schulfunk heute in seinen Sendungen zur biblischen Geschichte Jesus selbst sprechen läßt, so ist er sich des Wagnisses bewußt, das er da unternimmt. Das Problem wurde bereits im August vorigen Jahres auf einer Tagung im Bremer Funkhaus von Pädagogen, Theologen, kirchlichen Mitarbeitern und Funkfachleuten nach allen Seiten hin erörtert. Dabei war deutlich ausgesprochen worden, daß Geschichten des Neuen Testaments nur in begrenzter Auswahl in Form von Hörspielen dargeboten werden könnten, wenn die zentrale Gestalt des Geschehens immer wieder ausgespart

bliebe und lediglich im Spiegel ihrer Wirkung auf die Umwelt dargestellt würde. Wollte man sich der besonderen Verpflichtung gegenüber der Unterweisung im Neuen Testament weiterhin stellen und nicht vorschnell auf die sich geradezu anbietende hörspielmäßige Vermittlung der Apostelgeschichte ausweichen, mußte — darüber waren sich die Gesprächspartner völlig einig — das Wagnis unternommen werden, die Person bzw. die Stimme Jesu Christi analog zum mittelalterlichen Spielgut, zu Oratorien und zur gesamten darstellenden Kunst unmittelbar in die Sendungen einzubeziehen.

Auf keinem Gebiet des Schulfunks ist je behutsamer, taktvoller und abwägender vorgegangen worden als bei der Entwicklung dieser Sendungen. Der Bremer Schulfunk stellte eine Test-Produktion her, die in sechs Klassen vorgeführt wurde. Diese Klassen unterschieden sich nach Zusammensetzung, Niveau, Alter und Schulfunk-erfahrung recht erheblich, so daß sie einen gültigen Querschnitt des Hörerkreises darstellten. Das Ergebnis bestätigte genau die vorangegangenen Erwägungen des Schulfunk-Arbeitskreises: in allen Fällen wurde die Stimme Jesu als etwas so Selbstverständliches empfunden, daß die gewünschte Stellungnahme der Kinder direkt provoziert werden mußte, aber auch dann äußerten lediglich zwei von rund 180 Schülern Bedenken gegen die Darstellung Jesu durch einen Schauspieler bzw. Sprecher. Es versteht sich von selbst, daß die Stimme Jesu, ebenso wie in dem Test-Hörspiel, in den Sendungen, die nun im Bremer Schulfunk-Programm ausgestrahlt werden, nur für festüberlieferte Schriftworte verwendet wird.

Freilich, nirgendwo in den Evangelien oder an anderer Stelle ist berichtet, wie Christus ausgesehen oder in welcher Stimmlage er gesprochen hat, als er auf Erden

weilte. Jedenfalls verbarg sich sein eigentliches Wesen hinter der menschlichen Hülle, die nichts Auffallendes gehabt zu haben scheint; denn sonst wäre es nicht möglich gewesen, daß einige ihn für den Sohn des Zimmermanns aus Nazareth hielten, oder daß die Frage aufgenommen konnte: „Bist du, der da kommen soll, oder sollen wir eines andern warten?“

Obwohl die Art der Jesus-Darstellung, wie sie der Bremer Schulfunk in der neuen Sendereihe unternimmt, „vom Kinde aus“ akzeptiert wird, bleibt die Frage, ob sie auch „von der Sache her“ zu vertreten ist. Die innere Begründung möchten wir darin sehen, daß die Evangelien uns nicht nur den göttlichen, esoterischen Christus zeigen, der über das Wasser wandelt und andere Wunder tut, sondern auch den Menschen Christus, der todmüde im Schiff schläft, der erschöpft am Rande des Jakobsbrunnens ausruht, der entrüstet die Kaufleute aus dem Tempel vertreibt, der von Mitleid gerührt wird, als er die Mutter sieht, deren einzigen Sohn man zum Begräbnis hinausträgt und der am Kreuze unter Qualen stirbt. Es sei gestattet, eine Parallele zur darstellenden Kunst zu ziehen. Ihre Christus-Darstellungen sind in der christlichen Frühzeit und im frühen Mittelalter auf die heilsgeschichtliche Bedeutung Jesu gerichtet, also etwa: Christus der Erlöser oder Christus der König. Seit dem späten Mittelalter befaßt sich die Malerei aber auch mit dem Leben Jesu und erzählt von seinem Erdenwandel. In diese Tradition schaltet sich nun sozusagen der Schulfunk ein, wenn er versucht, mit seinen Mitteln die Gestalt Christi lebendig werden zu lassen und dabei doch — der Ausdruck sei hier erlaubt — pädagogisch taktvoller vorzugehen als die englische Schriftstellerin Dorothy Sayers in ihrer Hörspielreihe über das Leben Jesu.

G. W.

AUS DEN ARBEITSKREISEN

Landestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CSU in Bayern

Am 7. und 8. November d. J. findet in Erlangen unter dem Thema „Kulturpolitik“ die diesjährige Landestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CSU in Bayern statt. Über den Bereich des bayerischen Arbeitskreises hinaus sind dazu alle interessierten Mitarbeiter und Freunde aus dem gesamten Bundesgebiet und aus Westberlin herzlich eingeladen. Der Veröffentlichung des Tagungsprogramms stellen wir ein Geleitwort des ersten Vorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU, Pfarrer und Dozent Alfons Kreußel, voran:

„In der Kulturpolitik wird die geistige Fundierung eines Staates am stärksten sichtbar. Schon aus der Art, wie der Staat sie betreibt: ob er sie dirigiert und ohne Gesetze bindet, oder ob er den Raum schafft, daß die gesunden Kräfte sich schöpferisch entfalten können. Im freien Staat wird hier den Kirchen ein weites Feld gegeben sein. Gerade die evangelischen Bürger in Deutschland werden durch die Theologie nach einer Zeit stärkster Kulturkritik wieder heimgeführt zum Dienst auch in diesen Bereichen des Lebens.

Die Tagung des Evangelischen Arbeitskreises der CSU in Erlangen bemüht sich um den Beitrag, der vom evangelischen Glauben her hier geleistet werden kann und dann auch geleistet werden muß. Sie will zeigen, daß die Christlich-Soziale Union durchaus die Basis abgeben kann, evangelische Kulturpolitik neben einer aus dem katholischen Glauben erwachsenden zu treiben. Wenn das Vorhaben gelingt, dann ist ein sehr entscheidender Beitrag zur Begründung der Union gelegt.“

TAGUNGSPROGRAMM

Freitag, 7. November:

16.00 Uhr **Pressekonferenz**

Hotel Kaiserhof (Erdgeschoß/Teerraum)
Erlangen, Goethestraße 28

(1 Minute vom Hauptbahnhof — Ruf: 22 12 oder 38 81)

18.00 Uhr **Sitzung des Bundesarbeitskreises**

Hotel Kaiserhof (Erdgeschoß/Teerraum)

Erlangen, Goethestraße 28

(1 Minute vom Hauptbahnhof — Ruf: 22 12 oder 38 81)

20.00 Uhr **Zwangloses Beisammensein**

der bereits anwesenden Tagungsteilnehmer

Evangelisches Gemeindehaus (Erdgeschoß/Kleiner Saal)

Erlangen, Am Bohnenplatz 1

(Zufahrt Friedrichstraße — 5 Minuten vom Hauptbahnhof)

Samstag, 8. November:

9.30 Uhr **Morgenandacht**

Dekan Eduard Putz, Erlangen

Evangelisches Gemeindehaus (I. Stock/Großer Saal)

Erlangen, Am Bohnenplatz 1

(Zufahrt Friedrichstraße — 5 Minuten vom Hauptbahnhof)

10.30 Uhr **Hauptversammlung**

Evangelisches Gemeindehaus (I. Stock/Großer Saal)

Erlangen, Am Bohnenplatz 1

(Zufahrt Friedrichstraße — 5 Minuten vom Hauptbahnhof)

Eröffnung und Leitung:

Pfarrer und Dozent Alfons Kreußel

Erster Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CSU

Grußworte:

Bundesminister des Innern Dr. Gerhard Schröder
Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises
der CDU/CSU

Oberbürgermeister Michael Poeschke, Erlangen
Alfred Fild

Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CSU
in Erlangen

Referat:

**„Möglichkeiten und Grenzen einer evangelischen
Kulturpolitik“**

Kultusminister Werner Schütz, Düsseldorf

Mittagspause

14.30 Uhr Fortsetzung der Hauptversammlung

Referat:

„Bildung, Erziehung und Wirtschaft“

Bundesminister für Atomkernenergie und Wasser-
wirtschaft Professor Dr.-Ing. Siegfried Balke

Aussprache und gegebenenfalls Annahme einer
Entschließung

20.00 Uhr **Schlußkundgebung**

Redoutensaal

Erlangen, Theaterplatz

Eröffnung und Leitung:

Pfarrer und Dozent Alfons Kreußel

Grußwort:

Dr. Willi Vorndran

CSU-Kreisvorsitzender in Erlangen

Ansprechen:

Ministerpräsident Dr. Hanns Seidel

Landesvorsitzender der CSU

Bundesminister des Innern Dr. Gerhard Schröder
Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises
der CDU/CSU

Das **Tagungsbüro** befindet sich im Evangelischen Ge-
meindehaus (I. Stock), Erlangen, Am Bohlenplatz 1 (Zu-
fahrt Friedrichstraße — 5 Minuten vom Hauptbahnhof —
Ruf: 56 73).

Aus den Bezirken Oberfranken, Mittelfranken, Unter-
franken und Schwaben wird für Samstag, den 8. Novem-
ber, je eine **Gemeinschaftsfahrt** nach Erlangen vorbereitet.
Die Omnibusse werden nach Absprache mit den jewei-
ligen Vorsitzenden der Arbeitskreise auf Bezirks- und
Ortsebene eingesetzt.

*

Gründung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Saar

Am 10. September 1958 versammelten sich die von den
Kreisverbänden der CDU Saar nominierten Sprecher der
evangelischen Parteifreunde im Kreiskulturhaus Saar-
brücken.

Landesvorsitzender Ministerpräsident Egon Reinert,
Stellvertretender Landesvorsitzender Minister Julius
v. Lautz, Landtagspräsident Wilhelm Kratz und
Landtagsabgeordneter Karl Steinhauer, als Ver-
treter der CDU-Fraktion des Landtags, nahmen an der
Veranstaltung teil.

Das Hauptreferat hielt als Gast Landtagsabgeordneter
Gustav Hülser, Vorsitzender des Evangelischen
Arbeitskreises der CDU Rheinland-Pfalz. Der Stellvertre-
tende Landesvorsitzende der CDU Rheinland-Pfalz, Diakon
Hermann Matthes, MdL, hatte eine Grußbotschaft
gesandt.

Die Versammlung beschloß die Gründung des Evange-
lischen Arbeitskreises der CDU Saar und bestellte Ober-
regierungsrat Helmut Peter, St. Wendel, Minister
Julius v. Lautz und Dr. Carl Haustein, Saar-
brücken, zu kommissarischen Obmännern des Evange-
lischen Arbeitskreises.

Der Verlauf der Tagung zeugte von dem lebhaften Inter-
esse aller Beteiligten und der Bereitschaft zur Mitarbeit.
Erneut wurde deutlich, daß sich in der CDU Männer und
Frauen zusammengeschlossen haben in der Überzeugung,
daß eine Ordnung unseres Staatswesens und seiner Ge-
sellschaft nur auf christlichem Fundament gedeihen kann.
Der gemeinsame Weg der evangelischen und katholischen
Christen hat sich bewährt. Die Tagung stand ganz unter
dem Zeichen dieses gemeinsamen Weges. Darum bedeutet
auch die Gründung des Evangelischen Arbeitskreises
nicht etwa irgendeine Absonderung, sondern ist Zeugnis
für die Bereitschaft zu gemeinsamer Verantwortung.

ZITATE AUS DER AKTUELLEN DISKUSSION

Mutet sich die Kirche zuviel zu?

*Zu dieser Frage schreibt der ver-
antwortliche theologische Schrift-
leiter des „Sonntagsblattes“,
Dr. theol. Heinz Zahrnt,
Hamburg, in der „WELT“:*

„Hat sich die Kirche nach dem
Kriege nicht übernommen? Sie ist
in die Fabriken gegangen und auf
die Sportplätze. Sie hat Akademien
gegründet und Theatergruppen. Sie
hat sich des Rundfunks bedient und
der Presse. Sie hat sich um den Film
gekümmert und um den Jazz. Sie
hat zu den politischen und sozialen
Fragen der Zeit Stellung genommen,
zur Wiederaufrüstung und zur
Kriegsdienstverweigerung, zur Wie-
dervereinigung und zur Wiedergut-
machung, zur Gewerkschaftsfrage
und zur Flüchtlingsnot, zu den
Atomwaffen und zur gleitenden Ar-
beitswoche.

Erschrocken darüber, wieviel sie frü-
heren Zeiten in dieser Hinsicht
schuldig geblieben ist, und mit dem
guten Willen, das Versäumte nach-
zuholen, hat die Kirche nach dem
Kriege ihren ‚Öffentlichkeitsauftrag‘
in einer Weise ernst genommen wie
vielleicht noch niemals in ihrer Ge-
schichte. Nicht noch einmal sollte es
heißen, daß die Kirche geschwiegen
habe, wo sie hätte reden müssen.

Aber hat die Kirche sich mit dem
allen nicht zuviel zugemutet? Was
für eine geistliche Kraft muß eine
Kirche besitzen, die dies alles lei-
sten will! Hat die Kirche heute diese
geistliche Kraft? Oder erhebt sie mit
ihrer Öffentlichkeitsarbeit womög-
lich Ansprüche, die über ihre Kräfte
gehen?

Jede Kirche verfügt nicht nur über
einen finanziellen, sondern auch
über einen geistlichen Haushalt. In

diesem geistlichen Haushalt der
Kirche gibt es, wie in jedem an-
deren Haushalt, Einnahmen und Aus-
gaben. Auf die Seite der Einnah-
men gehört alles das, was das in-
nere Leben einer Kirche ausmacht:
der Gottesdienst, das Gebet, der
Umgang mit der Bibel, die Sakra-
mente, die geistliche Ordnung des
Lebens, die persönliche Erbauung
und ganz gewiß auch die theolo-
gische Arbeit, kurzum, jedwede
Stelle, da Gott unmittelbar zu dem
Herzen eines Menschen redet und
der Mensch Gott Antwort zu geben
sucht.

Auf die Seite der Ausgaben hin-
gegen gehört alles das, womit die
Kirche sich nach außen wendet, in
die Welt hinein: also ihre Mission,
ihre Begegnung und Auseinander-
setzung mit den geistigen Strömun-
gen der Zeit, ihre Mitverantwortung

an dem öffentlichen Leben, ihre Sorge für das Wohl der Menschen.

So heißt das Gesetz, nach dem sich das Leben der Kirche vollzieht: Einatmen und Ausatmen, Sammlung und Sendung, Rückzug und Wiederkehr. In Ordnung ist der geistliche Haushalt einer Kirche dann, wenn diese beiden Bewegungen, die das Leben einer Kirche ausmachen, die intensive und die extensive, miteinander ausgeglichen sind, oder, besser noch, wenn sie in einem gesunden Spannungsverhältnis zueinander stehen. Gefährlich aber wird es immer für die Kirche, wenn sie eine dieser beiden Seiten überzieht. Dann droht ihr geistlicher Haushalt in Unordnung zu geraten.

Das kann in einer zwiefachen Weise geschehen.

Die eine Gefahr, die der Kirche droht, besteht darin, daß sie sich an ihrem inneren Leben genügen läßt. Dann gleicht sie einer Schar von Sammlern, die untereinander kostbare Antiquitäten betrachten und ihrer Mitwelt dabei den Rücken zukehren. Wo dies geschieht, dort droht die Kirche gleichsam nach innen zu verbluten; dort erstickt sie an sich selbst.

Die andere Gefahr, die der Kirche droht, besteht darin, daß sie sich ganz und gar nach außen kehrt und daß alles, was sie tut, nur noch Routine und Betrieb ist. Wo dies geschieht, dort gleicht die Kirche einem Menschen, der heimlich an der Auszehrung leidet. Mag ein solcher Mensch im Augenblick noch blühend aussehen, mag er sich noch zutrauen, Bäume auszureißen und die Welt verwandeln zu können — in seinem Innern ist der Tod bereits im Gange.

Geradeso kann auch eine Kirche, die an der geistlichen Auszehrung leidet, noch eine Zeitlang blühen, kann sie noch eine Zeitlang in Ansehen und Ehren bei der Welt stehen und so etwas wie ein christliches Vorfeld bilden. Auf die Dauer aber wird dieses Vorfeld von anderen Kräften aufgesogen werden. Und nicht nur dieses Vorfeld wird aufgesogen werden, sondern auch die Kirche selbst.

Welche Gefahr droht der Kirche heute?

Es hat der Kirche zuerst und zuletzt darum zu gehen, daß Menschen zu Gott bekehrt werden. Dies ist immer noch das eine, das allein not tut, im Vergleich zu dem alles andere zweitrangig ist. Dies ist die Zahl vor dem Komma; alles, was die Kirche sonst noch tut, steht hinter dem Komma und hat nur Stellenwert. Vor der Frage nach dem Wohl muß für sie die Frage nach dem Heil des Menschen stehen. Diese Reihenfolge

braucht nicht immer zeitlich innegehalten zu werden, aber sachlich muß sie vorhanden sein.

Das Fundament ist wichtiger als der Bau. Das ist ein wichtiges architektonisches Gesetz. Dies architektonische Gesetz gilt auch für die Arbeit der Kirche.

Nun denkt die Kirche bei ihrer Arbeit selbstverständlich an das Fundament. Sie redet zu den Menschen von Gott, und sie müht sich manchmal auch, es auf eine neue Weise zu tun. Ja, sie wirbt für Gott, sie setzt sich für ihn ein, sie entschuldigt ihn, sie sucht sein Schild wieder blank zu putzen, wenn ein Fleck darauf gefallen ist — die Theologie verfügt da über eine Reihe ganz ausgezeichneter Putzmittel.

Aber warum tut die Kirche eigentlich dies alles? Weil Gott die Wahrheit ist und weil es gut ist, in der Wahrheit zu sein? Oder ist Gott uns vielleicht nur wichtig als ein Mittel für unsere Wohlfahrt, für die Wiedervereinigung, für den Weltfrieden und die soziale Gerechtigkeit?

Nicht, daß wir wieder einer falschen Innerlichkeit das Wort reden oder gar den Rückzug der Kirche aus der Welt predigen wollen. Es scheint uns nur hohe Zeit zu sein, die Kirche an ihren geistlichen Haushalt zu erinnern. Wo ihrer extensiven Bewegung, ihrer Wendung in die Welt hinein, nicht eine ebensolche intensive Bewegung, eine ebenso starke innere Sammlung und Konzentration, entspricht, wo sie über ihrer Verantwortung für das Wohl des Menschen ihre Sorge um sein Heil vergißt, dort hängt alles, was sie tut, hoffnungslos in der Luft und bleibt am Ende ohne Wirkung.

Wie steht es in dieser Hinsicht nun heute mit der Kirche? Ist ihr geistlicher Haushalt in Ordnung? Stehen intensive und extensive Bewegung in ihr in einem gesunden Spannungsverhältnis? Entspricht ihre innere Kraft der äußeren Rolle, die sie spielt? Oder überzieht sie nicht vielmehr ständig ihre Ausgaben-seite? Nimmt sie nicht mit ihrer sogenannten 'Öffentlichkeitsarbeit' Hypotheken auf, für die geistlich keine Deckung vorhanden ist?

Der Weg, den die Kirche geht, ist nicht gleichgültig für den Weg der Welt. Es besteht ein verborgener Zusammenhang zwischen der geistlichen und der geistigen Kraft einer Zeit. Das Mittelalter war eine Zeit ungeheurer geistlicher und geistiger Konzentration. Damit wurde es zu einer Vorbereitungszeit für die Neuzeit. Denn ohne diese Konzentration wäre das Unternehmen, das wir als 'Neuzeit' zu bezeichnen pflegen, überhaupt nicht möglich gewesen. Es war ein großartiges Unternehmen,

ein tapferes Abenteuer. Da ging der Mensch in die Weite, da zog er aus, sich die Erde und selbst den Himmel zu erobern.

Heute kommen wir nun von dieser Unternehmung zurück. Wir tauchen aus der Neuzeit auf, abgekämpft, müde und ausgezehrt, und schon schicken wir uns an, gleichsam ohne Zwischenlandung, ohne aufzutanken, in ein neues Zeitalter einzutreten. Wie wollen wir das schaffen, ohne uns zuvor oder doch wenigstens gleichzeitig aus der Welt zurückzunehmen und unsere Kräfte neu zu sammeln?

Es gibt einen heimlichen Welthaushalt, in dem die extensiven und die intensiven Kräfte gegeneinander aufgerechnet werden. In diesem verborgenen Welthaushalt hat die Kirche ihre große Bedeutung. Gerade in einer Zeit, die so extensiv lebt wie die unsere, deren Kennzeichen auf allen Lebensgebieten die Expansion ist, hat die Kirche doppelt ihre geistliche Substanz zu wahren, damit die intensiven Lebenskräfte in der Welt gestärkt werden und der Welthaushalt gesund bleibt. Sie soll nicht fürchten, dadurch als weltfremd zu erscheinen und ihre Wirkung auf die Welt zu verlieren. Im Gegenteil, je stärker sich die Kirche konzentriert, und sei es bis zum Schein der Weltflucht, desto weiter wird sie in die Welt hineinwirken."

*

Verlust der Mitte?

Das von Landesbischof D. Dr. Hanns Lilje herausgegebene „SONNTAGSBLATT“ veröffentlicht eine „Selbstdarstellung“ des „Rheinischen Konvents“ von Pfarrer Lic. Dr. Paul Seifert, Düsseldorf:

„Der Rheinische Konvent wurde am 30 April 1958 in Düsseldorf gegründet; er war lange ehemals beschlossen. Der Konvent ist eine Sammlung evangelischer Laien und Theologen, die sich gegen die zunehmende einseitige Politisierung und andere Mißstände in der Kirche wenden. Die Exkommunikationsdrohung der ‚Kirchlichen Bruderschaften‘ in ihren Thesen zur Atombewaffnung hat freilich zunächst zu einer stärkeren Betonung dieses Einzelproblems auch im Rahmen des Rheinischen Konvents geführt. Doch geht es ihm natürlich um mehr; darum hat er auch soviel Zustimmung weit über die Grenzen des Rheinlands hinaus gefunden.

Unser Anliegen kann aber in der Auseinandersetzung mit der Stellungnahme der ‚Bruderschaften‘ zur Atomfrage besonders deutlich erläu-

tert werden. Deshalb wähle ich diesen Ausgangspunkt.

Atombombenpredigt

Ein Oberkirchenrat hält eine Osterpredigt. Selbstverständlich wird dann die Auferstehung Christi bezeugt. Aber ein besonderes Engagement wird spürbar, als der Prediger gegen die Atomwaffen Stellung nimmt. — Ein Landeskirchenrat predigt bei der Einweihung eines neuen Kirchsaals. Sein Text ist der 100. Psalm: 'Jauchzet dem Herrn, alle Welt. Dienet dem Herrn mit Freuden; kommt vor sein Angesicht mit Frohlocken!' Der geschätzte Ausleger vernimmt in diesem Psalm den Protest gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr. — Der Direktor eines neuen kirchlichen Ausbildungszentrums hält die Festpredigt zur Eröffnung seines Instituts. Er legt den Kantate-Psaln aus: 'Singet dem Herrn ein neues Lied, denn er tut Wunder!' Und auch dieser Psalm soll gegen die Politik der derzeitigen Bundesregierung protestieren . . .

Solches geschah in Düsseldorf in der österlichen Freudenzeit des Jahres 1958!

Es ist verständlich, daß ein sehr großer Teil der Gemeinde sich über solche Predigten ärgert. Nun gibt es sehr heilsame Ärgernisse. Diese 'Atombombenpredigten' aber, wie man sie hierzulande nennt, sind kein heilsames Ärgernis. Sie beweisen vielmehr, daß eine mangelhafte Theologie auch ungute menschliche Konsequenzen hat. Die Verärgerung der Gemeinde ist ein Symptom dafür, daß diese Art von Predigt am Zentrum vorbeizieht. Die Mitte einer echten Predigt ist das Evangelium. Daß dies Evangelium das ganze Leben beanspruche, das steht schon in Luthers Erster These. Allein: Eine Sache ist es, Welt und Leben einschließlich der Politik von der richtenden und aufrichtenden Botschaft des Evangeliums her anzuschauen — eine andere hingegen, die eigene politische Überzeugung mit Hilfe des Evangeliums begründen zu wollen. Und eben darauf laufen die 'Atombombenpredigten' hinaus.

Politisierende Kirche?

Als besonders bedenklich erscheint mir die Sicherheit, mit der hier bestimmte politische Urteile als die christliche Antwort auf die Probleme unserer Zeit ausgegeben werden.

War es richtig, eine Bundeswehr aufzustellen? Ist es zu verantworten, für diese Bundeswehr eine atomare Bewaffnung vorzubereiten? Ich gebe zu, daß mir diese Fragen große Beschwernis bereiten. Ich gestehe sogar, daß ich über eine letzte Unsicherheit hier noch nicht hinausgekommen bin. Vielen meiner Freunde im Rheinischen Konvent geht es genauso. Schon deshalb kann keine

Rede davon sein, daß wir mit einer politischen Partei verbunden seien. Ich begreife, daß es manchem schwerfällt, dies einzusehen. Denn die 'Bruderschaften' präsentieren sich — ob sie nun wollen oder nicht — als kirchliche Hilfstruppe einer bestimmten Partei. Aber wenn jemand gegen sie auftritt, bedeutet das noch nicht, er wolle die Gegenpartei unterstützen. Der Rheinische Konvent wendet sich gegen jedes parteipolitische Engagement der Kirche. Er erkennt eine solche falsche Parteinahme besonders deutlich in der pseudo-theologischen Begründung des Kampfes gegen den 'Atomtod'. Die hier zu treffenden Entscheidungen können überhaupt nicht biblisch-theologisch begründet werden. Es wird — und es muß! — dabei bleiben, daß Christen in dieser Sache sich verschieden entscheiden — wie auch in den Stellungnahmen der großen Synoden betont wird. Die Entscheidung hängt nämlich von ganz bestimmten politischen und militärischen Beurteilungen und Vorentscheidungen ab. Wer diese politischen Entscheidungen theologisch zu begründen sucht, fällt einem Kurzschluß zum Opfer.

Die Theologie wird nachgeliefert

Die 'Bruderschaften' erbringen dafür selbst den Beweis. In dem neuesten 'Rundbrief' der 'Kirchlichen Bruderschaft im Rheinland' kann man nämlich lesen: 'Wie häufig bei ethischen Fragen zu beobachten, sahen wir uns zu einem energischen Handeln gezwungen, noch ehe wir eine Begründung, die für die Allgemeinheit exakt genug war, vorzuweisen hatten. Diese Begründung ist nachzuliefern, nicht zuletzt auch zur eigenen Kontrolle.'

Eine verräterische Wendung: Die Theologie wird nachgeliefert! Damit wird zugegeben, daß bisher die theologische Begründung für die Thesen der 'Bruderschaft' nicht erbracht worden ist. Genau das meinen wir auch. Eine solche Begründung erkennen wir weder bei Gollwitzer noch bei Vogel. Statt dessen werden nun wir immer wieder aufgefordert, die Theologie der 'Bruderschaft' zu widerlegen. Aber wie kann man etwas widerlegen, das erst nachgeliefert werden soll? Hier stehen wir vor einer in Theologie und Kirche bisher unbekannten, neuen Situation. Man nehme es uns nicht übel, wenn wir sie als höchst befremdlich empfinden.

'Landeskirche der Bruderschaft'

Der Rheinische Konvent hat sich gesammelt, um gegen die Politisierung der Kirche eine theologische Position zu vertreten — nicht um Kirchenpolitik oder gar Parteipolitik zu treiben. Unsere Sammlung ist innerhalb und außerhalb der Rheinischen

Kirche von vielen mit einem 'Endlich!' begrüßt worden. Denn es mußte mehr und mehr der Eindruck entstehen, als ob die 'Bruderschaften' die Haltung der Evangelischen Kirche repräsentierten. Die Gegenstimmen — so gewichtig sie im Sachlichen sein mochten — konnten sich vor der Gemeinde und vor der Öffentlichkeit gegen das Unisono der bruderschaftlichen Kundgebungen nicht durchsetzen.

Das galt ganz besonders für den Bereich der Rheinischen Kirche. Sie wird von Stimmen, die uns von auswärts erreichen, als die 'Landeskirche der Bruderschaft' bezeichnet. Mit Unrecht, denn die 'Bruderschaft' ist auch im Rheinland eine überwiegend aus Theologen bestehende Minderheit mit wenig Resonanz in der sonst so gern genannten 'Gemeinde'. Dennoch hat die Bezeichnung 'Kirche der Bruderschaft' eine gewisse Berechtigung. Denn in der Rheinischen Kirche gibt die 'Bruderschaft' ganz überwiegend den Ton an. Der Rheinische Konvent setzt sich dafür ein, daß dieses Ein-Partei-System ein Ende findet. Und er vermag dem zur Zeit hier herrschenden Konformismus schon deshalb glaubwürdig entgegenzutreten, weil in seinen eigenen Reihen alles andere als Konformismus herrscht: lutherische, reformierte und unierte Laien wie Theologen sind hier einmütig beieinander. Und nicht nur sehr verschiedene politische Anschauungen sind vertreten, sondern vor allem auch verschiedene theologische Schulen und ganz verschiedene kirchenpolitische Vergangenheiten. Auf der Grundlage dieser Gemeinschaft werden wir uns bemühen, aus der 'Kirche der Bruderschaft' eine Kirche der Brüder werden zu lassen.

Immer geht es um die Mitte

Wir wissen, daß wir es uns als Christen gerade heute wahrhaftig nicht leicht machen dürfen: Da ist die 'unbewältigte Vergangenheit' — auch in der Kirche; sie wirkt bewußt oder unbewußt in die heutigen Auseinandersetzungen hinein. Da sind die schweren Fragen der Gegenwart, die unsere Antwort fordern; wir alle möchten verhüten, daß noch einmal geschwiegen wird, wo geredet werden müßte. Und da erwartet uns die Zukunft, die wir in Christengemeinde und Bürgergemeinde verantwortlich mitgestalten sollen.

Was ist zu tun? Fernab von jeder frommen Phrase sind wir überzeugt: Die Mitte des Evangeliums ist zu verkünden! Diese Mitte ist Jesus Christus und nicht der 'Kampf gegen den Atomtod', auch wenn die 'Bruderschaften' in diesem Zusammenhang so fleißig vom 'Gehorsam', neuerdings sogar von 'Diakonie' sprechen. Wir können in den politi-

schen Aktionen der ‚Bruderschaften‘ kein echtes kirchliches Handeln erkennen. Wir halten die ‚Atombombenpredigten‘ nicht für evangelische Verkündigung. Wir rufen vielmehr uns selbst und die Gemeinde zur Mitte des Evangeliums, die Jesus Christus heißt. Mit Ihm allein überwinden wir unsere unbewältigte Vergangenheit. Durch Ihn allein finden wir in den schweren Entscheidungen der Gegenwart — nicht ein gutes, wohl aber: — ein getröstetes Gewissen. Und mit Ihm allein gewinnen wir die Zukunft, die für uns Christen seit Ostern begonnen hat.“

*

Zu Gollwitzers Thesen

Im Zusammenhang mit der Diskussion um eine atomare Ausrüstung der Schweizer Armee findet sich in der „NEUEN ZÜRCHER ZEITUNG“ folgender Leserbrief:

„Daß die Aussprüche und sittlichen Anweisungen der Bibel nicht wörtlich zu nehmen sind, wird wohl nur von wenigen Theologen bestritten. Die Worte ‚Liebet eure Feinde‘ und ‚Wehret dem Bösen nicht‘ würden logisch und actualiter bedeuten, daß wir Chruschtschow lieben und segnen, daß wir dem Bolschewismus keinen Widerstand leisten sollen. Sie heißen aber nicht mehr als: auch deine Feinde sind Kinder Gottes; vergilt das Böse, das dir einer antut, nicht mit Bösem — und nicht: laß das Böse in dich eindringen. Die Bibel ist kein Gesetzbuch mit Paragraphen. Das Rationale, das unser Wesen so sehr bestimmt, das aber für den Orientalen, wenigstens zur Zeit Jesu, von untergeordneter Bedeutung war, geht aus auf fest umrissene Begriffe, im Ethischen auf Gesetz und Staat; es tendiert aufs Allgemeingültige und Allgemeinwendbare, das heißt aber: auf Zahl, Statistik, Begriff — und verliert dabei die Fühlung mit dem Individuum und seiner weit komplexeren Seele. Die letzte Konsequenz des Nur-Rationalen ist der von einem einzigen kalten Gehirn getragene Staat, ein Muster, dem der Sowjetstaat ziemlich nahe gekommen ist.

Die christliche Ethik hingegen ist nur-rational überhaupt nicht faßbar. Jesus selbst hat durchaus nicht bei jeder Gelegenheit seine Feinde geliebt; er hat sogar nicht gezögert, seine Nächsten aus dem Tempel zu jagen und ihnen ihr schönes Geschäft zu verderben. Als Nicht-Theologe kann ich nicht beurteilen, wie weit man bisher das irrationale Moment in der christlichen Lehre gewürdigt hat. Mir jedenfalls scheint, daß wenigstens die wesentlichsten Forderungen der christlichen Ethik nicht kalte Gesetze einer die Seele im Sinne Kants besiegenden, rein bewußt aufgestellten Tugendlehre

sind, sondern Gebote, die nur dann richtig erfüllbar sind, wenn es in Einfalt, ja sogar spontan geschieht. Der Mittelpunkt der ganzen Lehre ist doch die Liebe; liebe ich aber, wenn ich muß? Man kann nur spontan lieben: wir müssen die Gnade Gottes haben, oder modern, aber auch nicht genauer ausgedrückt: die Sanktion des Unbewußten. Tugendhaft leben aus unbewußtem, kindlichem Seelentrieb, das scheint mir der Grund der christlichen Ethik.

Die kommunistische Moral trägt haargenau das entgegengesetzte Vorzeichen. Wir brauchen sie nicht zu ‚verteufeln‘, sie tut es selbst. In ihrem Mittelpunkt steht der Haß. Werden nicht täglich in ihrem Machtbereich Menschen ins Gefängnis geworfen, weil sie nicht oder nicht hinreichend hassen? Nicht der Kommunist, nicht der Russe ist teuflisch. Und auch der Kommunismus ist nicht deshalb teuflisch, weil er brutal ist und schamlos, sondern weil er diese Brutalität und Schamlosigkeit mit einer Glorie versieht. Die Ideologie ist es, weil sie den Teufel an Gottes Stelle setzt. Diesen fortwährenden Mord an der Liebe, diese Gottesvergiftung sollen wir akzeptieren, weil wir ein Bibelwort wörtlich auslegen? Hieße das nicht Gott abschwören, Gott, was sein ist, vorenthalten, um es dem Kaiser zu geben? Denn dieser Kaiser — wenn man sich schon daran stoßt, den Kommunismus mit dem Teufel zu identifizieren — verlangt genau das, was Gott gebührt. Dies zu Gollwitzers Verwahrung gegen die ‚Verteufelung des Gegners‘.

Ein anderes Argument Gollwitzers lautet, daß die Kirche bisher gegen einen ‚pflichtgemäßen‘ Waffengebrauch keine ernsthaften Einwände erhoben hat. Sie müsse dies aber tun, wo es sich um unmenschliche Waffen, das heißt Nuklearwaffen, handle. Natürlich ist die Atomwaffe unmenschlich; ich hoffe sehr, daß die Menschheit lernen wird, sie zu vergessen, wie die alten Chinesen das Schießpulver vergaßen. Aber sind im Grunde die konventionellen Waffen menschlicher? Die Brisanzbombe, das Artilleriegeschöß, der Flammenwerfer, die Handgranate? Sie sind so unmenschlich wie die Atombombe, so unmenschlich, wie es Lanze, Morgenstern und Türkensäbel waren. Für Gollwitzer gibt es offenbar nichts Unmenschlicheres als die Atombombe. Und doch gibt es noch unmenschlichere Waffen: die Benzinspritze, die Gaskammer, die Gehirnwäsche, die Auslöschung des Denkens und des Gewissens, die Ausaugung der menschlichen Persönlichkeit, die Deportation und Zerreißung aller menschlichen Familien- und Freundschaften, die Denunzia-

tionspflicht, die Beugung des Menschen unter ein konstruiertes, nicht einmal fixiertes Ersatzgewissen, das der Vater aller Werktätigen nach Belieben auslegen kann, so daß niemand sicher sein kann, ob sein heutiges Ja nicht ein morgiges Nein ist.

Diese Waffen sind die unmenschlichsten. Der Mensch als Lautsprecher, der brüllt, was man ihm vorsagt, das Gehirn als Ameise, die Gesellschaft als Räderwerk, als Maschinerie, die sich selbst ölen soll — höchster Triumph des entseelten Intellekts! Ist es vielleicht nicht das, was sie täglich verkünden und überall einführen wollen? Ein wenig Plato, ein wenig Hegel und Comte, ein bißchen teuflische Auslegung, und man hat die kommunistische Verheißung, die Moral, die Gott zu verdrängen sich untersteht. Für den Christen, und gerade für den einfachen Christen gibt es daher nur eine Pflicht: jeder kommunistischen Aggression mit den Mitteln, die dazu ausreichen, entgegenzutreten, in Gottes Namen, für ihn, für uns.“ W.K.

*

Pankows neue Helfer

Mit der jüngsten Tagung der „Deutschen Friedensgesellschaft 1892“ unter dem Vorsitz von D. Dr. Martin Niemöller setzt sich Wolf-Bernd Althoff in der „DEUTSCHEN TAGESPOST“, Würzburg, auseinander:

„Mit einem Schlußgottesdienst und einer Predigt des hessischen Kirchenpräsidenten D. Dr. Martin Niemöller ging am 5. Oktober in Frankfurt am Main eine Klausurtagung der sogenannten ‚Bruderschaften‘ zu Ende... Sinn und Zweck dieser Tagung, an der eigentlich auch der Schweizer Theologe Karl Barth teilnehmen sollte — er war durch Krankheit, nicht durch Ablehnung am Erscheinen und damit am Reden verhindert —, war die Behandlung der ‚10 Thesen‘, die von den ‚Bruderschaften‘ im Frühjahr an die Gesamtdeutsche Synode der Evangelischen Kirche geschickt worden waren und deren Auftauchen ebenso wie die gesamte Arbeit der ‚Bruderschaften‘ die Evangelische Kirche in große Schwierigkeiten versetzte. Diese ‚10 Thesen‘ sind hier in Frankfurt noch einmal überarbeitet worden, und die ‚Bruderschaften‘ beabsichtigen nun, ihre Kampagne gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr mit theologischen Argumenten fortzusetzen. Der politische Sprengstoff im evangelischen Raum ist also leider noch nicht beseitigt und die Möglichkeit scharfer innerkirchlicher Auseinandersetzungen nicht aus der Welt geschafft. Aber dieser Vorgang rechtfertigt nicht den Titel dieses Beitrages. Selbst die Tatsache, daß an der ‚Bruderschafts‘-Tagung Geistliche aus

der sowjetischen Besatzungszone teilnahmen, deren Haltung dem Regime gegenüber hier sehr genau bekannt ist und deren Namen in der Bundesrepublik keinen guten Klang haben, soll nicht zu der Feststellung führen, daß die ‚Bruderschaften‘ Helfer der Pankower Machthaber sind. Solch eine Deutung würde zu einer Überspitzung führen und zugleich eine Überbewertung darstellen. Aber nach dieser Einleitung: Pankow hat neue Helfer; sie trafen sich ebenfalls vor einigen Tagen, und ein Mann, der auf der Frankfurter ‚Bruderschafts‘-Tagung eine führende Rolle spielte, war sogar ihr Vorsitzender...

Es ist Hessens Kirchenpräsident D. Dr. Martin Niemöller... In seiner Eigenschaft als Präsident der ‚Deutschen Friedensgesellschaft 1892‘ — wer denkt jetzt nicht zu Recht an Frau v. Suttner — übte der Doppelpräsident (in Bremen) Kritik an der Bundesregierung. Aus diesem selbstverständlichen Recht eines Verbandsvorsitzenden machte Niemöller aber eine Tirade, die selbst von den wohlwollendsten Betrachtern dieses politisierenden Mannes nicht widerspruchslos hingenommen werden kann...

Es war eine richtige Bundestagung, die hier in der Rolandstadt abrollte. Mit Entschliefungen — so z. B. daß die Bundespost aufgefordert werden soll, den Werbestempel ‚Luftschutz auch im Atomzeitalter‘ zurückzuziehen — und alle den Dingen, die von einer Verbandsbürokratie für solch eine Zusammenkunft vorbereitet werden. Auch wurde hier ein ‚Fünf-Punkte-Programm‘ angenommen, dessen wesentlicher Bestandteil ist, Verbindungen zur sowjetischen Besatzungszone aufzunehmen. Wörtlich heißt es hierzu: ‚... Kontakte zwischen Ost und West auf allen Ebenen und bei allen sich bietenden Gelegenheiten zu suchen und herzustellen‘. Da hier nichts von der Not der Menschen in Ulbrichts Reich gesagt wurde, läßt diese Gummi-Formulierung den Schluß zu, daß die ‚Deutsche Friedensgesellschaft 1892‘ Kontakte zu den Offiziellen in Pankow sucht. Pankows Freude an dieser ergebenen Bereitwilligkeit konnte an Ort und Stelle zum Ausdruck gebracht werden. Aus Ostberlin war als ‚Beobachter‘ Professor Dr. Kammnitzer erschienen, ein Funktionär des von der SED gesteuerten ‚Deutschen Friedensrates‘. Auch der Präsident dieses ‚Deutschen Friedensrates‘, Professor Dr. Friedrich, konnte zufrieden sein. Bisher waren diesem Mann, der eine wichtige Propagandarolle in der West-Arbeit der SED spielt, keine Erfolge beschieden gewesen. Nun beantwortete der Bremer Kongreß die ständigen Bitten dieses Präsidenten um ‚Kontaktauf-

Wir machen unsere Leser darauf aufmerksam, daß sich unsere Anschrift geändert hat. Sie lautet jetzt:

EVANGELISCHER ARBEITSKREIS DER CDU/CSU
Geschäftsstelle und Redaktion
Bonn, Eduard-Pflüger-Straße 41 · Ruf 5 29 31

nahme‘ sogar mit einem ‚Fünf-Punkte-Programm‘. Das makabre Spiel der Präsidenten kann beginnen. Der Hinweis auf die Freude der sowjetischen Presse über diese Bremer Beschlüsse ist hier beinahe unnötig.

Aber unter dem Vorsitz des Doppelpräsidenten D. Dr. Niemöller wurde in Bremen noch ein weiterer Beschluß gefaßt. Kurz vor Beendigung der Tagung wurde eine Resolution eingebracht, wonach die DFG nachträglich die Entsendung von zwei Vorstandsmitgliedern zu dem ‚Kongreß für Abrüstung und internationale Zusammenarbeit‘ billigte. Dieser Kongreß, der im Sommer dieses Jahres in Stockholm stattfand, war niemand anderes als der eindeutig von Moskau geleitete und bezahlte ‚Weltfriedensrat‘. Dem politisch wohl informierten D. Dr. Niemöller wird diese Tatsache bestimmt nicht unbekannt gewesen sein, und die Feststellung, daß die von ihm geleitete Gesellschaft nur eine eindeutige Hilfsstellung für die Ziele der Kommunisten abgibt, muß hier gestattet werden. Der kommunistische ‚Weltfriedensrat‘ ist nicht umsonst der größte kommunistische Bluff seit 1945. Bisher blieb es nur Professor Klara Fassbinder, deren ‚Frauen-Friedens-Kongreß‘ niemand ernst nimmt, überlassen, als ‚Vertreterin der Bundesrepublik‘ an solchen Tagungen teilzunehmen. Die nachträgliche Sanktionierung der Entsendung von zwei Vorstandsmitgliedern der DFG lieferte aber auch den Beweis für die Behauptung, daß die ‚Deutsche Friedensgesellschaft‘ keinen Anspruch mehr auf politische Rücksichtnahme erheben kann. Die DFG muß nun als eine Interessengruppe angesehen werden, deren Tätigkeit mit der des ‚Bundes der Deutschen‘ (BdD) zu vergleichen ist. In diesem Zusammenhang ist eine Information von Interesse, daß selbst die SPD sich nun von der DFG distanzieren wird. In der Bundeshauptstadt fand deshalb auch eine Veröffentlichung des sozialdemokratischen ‚Parlamentarisch-Politischen Pressedienstes‘ (PPP) über die Bremer DFG-Tagung besonderes Interesse, da hier auch ein Teil der Hintergründe der nunmehrigen Zonenkontakte herausgestellt wurde...

Die Beschlüsse des Bremer DFG-Kongresses sind aber in einer Hinsicht zu begrüßen: sie schafften klare Fronten, und man kann diese Gruppierung, zu der auch die Riemack-

Schneider-Gruppe der ständigen Atom-Kongreßler gerechnet werden muß, so behandeln, wie sie es verdient. Kann man aber auch den Doppelpräsidenten D. Dr. Martin Niemöller so behandeln, wie er es verdient? Muß nicht vor dem Amt des hessischen Kirchenpräsidenten, er ist ja nicht mehr und nicht weniger als das Oberhaupt der Evangelischen Kirche in Hessen-Nassau, der natürliche Respekt gewahrt bleiben? Soll nicht auf den anerkannten Gegner des Dritten Reiches, Martin Niemöller, Rücksicht genommen werden? Diese Fragen, die seit 1950 immer wieder auftauchen, sollten endlich eine klare Beantwortung finden. Hessens Kirchenpräsident ist oft gewarnt worden, und die deutsche Presse behandelte ihn trotz seiner politischen Eskapaden mit einer seinem Amt zu verdankenden Rücksichtnahme. Der DFG-Präsident verdient aber nach dem Bremer Kongreß nicht mehr diese Haltung. Er, der sich zu allen möglichen politischen Themen äußerte, wird es sich in Zukunft gefallen lassen müssen, als politisierender Verbandspräsident behandelt zu werden. Seine Handlungen, Reden und Reisen müssen in Zukunft unter rein politischen Gesichtspunkten gesehen werden, selbst dann, wenn er in den Ostblockstaaten Kirchenführer besucht. Hüten wir uns aber, den Namen des hessischen Kirchenpräsidenten mit der gesamten evangelischen Kirche in Verbindung zu bringen. Unter den deutschen Landesbischöfen und Präsidien ist er eine Ausnahme und nimmt eine schwer zu beschreibende Sonderstellung ein. Die Freiheit dieser Sonderstellung, für die es im Volksmund einen trefflichen Ausdruck gibt, darf es ihm aber nicht gestatten, gegen die Interessen der Bundesrepublik zu handeln. Der Politiker Martin Niemöller wird gerade nach der Bremer DFG-Tagung eine Aufgabe für die verfassungsschützenden Stellen von Bund und Ländern werden. Der Weg dieses Mannes, vom U-Boot-Kommandanten über die Dahlemer Kirche in ein Konzentrationslager Adolf Hitlers — vom Repräsentanten des Nachkriegsdeutschlands in der freien Welt über das Amt des Leiters des Kirchlichen Außenamtes der EKD zum politischen Gegner seiner früheren politischen Freunde während des Widerstandes gegen Hitler ist eine menschliche Tragik. Dieser lange Satz gilt dem Menschen Martin Niemöller. Dem Politiker gilt die Ablehnung!